

NACHHALTIGES NIEDERSACHSEN

Ökonomisch, Ökologisch,
Sozial & Weltoffen!

Eckpunktepapier von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Niedersachsen
und
dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)
Niedersachsen



INHALT

NIEDERSACHSEN NACHHALTIG –

... DURCH GUTE ARBEIT, TARIFBINDUNG UND MITBESTIMMUNG!	4
... DURCH KLIMASCHUTZ, JUST TRANSITION UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT!	7
... DURCH EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT, UMFASSENDE TEILHABE UND SOZIALE GERECHTIGKEIT!	11

VORWORT



Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt



Julia Willie Hamburg, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag



Anne Kura, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DGB setzen wir uns gemeinsam für ein solidarisches, lebenswertes demokratisches und weltoffenes Niedersachsen ein. Wir stehen für eine soziale, integrative, vielfältige, gerechte und ökologische Gesellschaft, die sich gut und sicher fühlen kann.

Solidarisches Handeln muss unsere Gegenwart und Zukunft bestimmen. Nur mit Solidarität lässt sich ein guter Weg aus der Corona-Pandemie finden. Nur mit Solidarität verhindern wir, dass die Klimakrise und die soziale Ungerechtigkeit verstärkt werden. Solidarität ist das Gegenteil von Hetze und Spaltung, sie verhindert die Ausgrenzung von Menschen und nimmt Menschen die Angst, zurückgelassen zu werden. Sie ist das Mittel der Wahl gegen extreme Rechte und Rechtspopulismus, Verschwörungsideologien und Querdenker*innen. Diese machen mobil gegen unsere Demokratie und schließen systematisch vermeintlich Andere aus. Wir aber treten für eine demokratische und offene Gesellschaft in Niedersachsen, Deutschland, Europa und der Welt ein.

Wir wollen eine Wirtschaft, die die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig bewahrt und mit der alle Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Beschäftigten einen gerechten Anteil an der Wertschöpfung erhalten – schließlich wird sie auch von ihnen erwirtschaftet. Deshalb müssen nachhaltiges Handeln und Wirtschaften die Basis unserer Gesellschaft bilden. Nachhaltigkeit kann nur durch den Dreiklang von Ökologie, Sozialem und Ökonomie erreicht werden. Ein hoher Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen, die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe, ein lebenswertes und sicheres Umfeld sowie die Stärkung und der Aufbau der klimaneutralen Wirtschaft und die Schaffung von zukunftsfester Beschäftigung müssen deshalb zentrale politische Ziele in Niedersachsen sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der DGB Niedersachsen haben in einem gemeinsamen Austausch zentrale Handlungsfelder und -ansätze für einen sozial-ökologischen Wandel in Niedersachsen identifiziert, der sowohl Wohlstand, Arbeitsplätze und Wertschöpfung als auch die natürlichen Lebensgrundlagen sichert und die soziale Dimension verbindlich verankert.

NIEDERSACHSEN NACHHALTIG – DURCH GUTE ARBEIT, TARIFBINDUNG UND MITBESTIMMUNG!



Unser Wirtschaftssystem ist nur dann zukunftsfähig, wenn es allen Menschen umfassende Teilhabe an einer nachhaltigen und gerechten Arbeitswelt sichert und Gute Arbeit für alle schafft. Tarifverträge sind ein öffentliches Gut, das in hohem Maße zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Gesellschaft beiträgt. Sie sorgen für Gute Arbeit und gerechte Löhne. Die Mitbestimmung ist als gelebte Demokratie im Betrieb ein absolutes Erfolgsmodell. Zudem sind mitbestimmte Betriebe nachweislich innovativer und leisten einen höheren Beitrag zum Klimaschutz. Für uns sind Mitbestimmung, Tarifbindung und Klimaschutz keine Gegensätze, sondern notwendige Voraussetzung für ein gutes Leben für alle. Deshalb müssen Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung die Pfeiler der Arbeitswelt in Niedersachsen sein und bleiben.

TARIFBINDUNG STÄRKEN!

Niedersachsen muss sich für Rahmenbedingungen einsetzen, die eine direkte Ausweitung der Tarifbin-

dung zur Folge haben. So muss das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung gesetzlich weiter gestärkt und ausgebaut werden. Das beinhaltet auch mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von landesweiten Tarifverträgen. Außerdem muss Niedersachsen bei der öffentlichen Beschaffung und Vergabe sowie Wirtschaftsförderung auf Tariftreue, aber auch auf Klimaschutz setzen, denn: Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge und Umweltstandards gelten. Kosten aus Tarifverträgen sind zu akzeptieren und dürfen kein Wettbewerbsnachteil sein.

AUF MITBESTIMMUNG SETZEN!

Mitbestimmung ist Ausdruck von Wirtschaftsdemokratie. Sie hat sich mehr als bewährt: Dort, wo Mitbestimmung gelebt wird, sind die Arbeitsbedingungen besser und die Betriebe produktiver. Trotzdem werden immer wieder Mitbestimmungsakteure von den Arbeitgebern unter Druck gesetzt und viel zu viele Betriebe in Niedersachsen haben gar keinen Betriebsrat. Zudem wandelt sich die

Arbeitswelt etwa mit Blick auf die Digitalisierung rasant und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen Schritt halten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Mitbestimmung müssen deshalb verbessert werden. Betriebsratswahlen sind zu erleichtern und die Kandidat*innen besser zu schützen. Die Mitsprache- und Initiativrechte von Betriebs- und Personalräten sind auszubauen und in Betrieben sind Transformationsausschüsse einzurichten.

DUALE AUSBILDUNG STÄRKEN!

Ein Berufsabschluss nach einer 3- oder 3,5-jährigen Ausbildung ist von zentraler Bedeutung für eine stabile Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig wird die Wirtschaft nur dann ihre Fachkräftebedarfe decken können, wenn sie auch weiterhin hochwertig, kontinuierlich und mehr ausbildet. Deshalb ist das Erfolgsmodell der Dualen Berufsbildung und ihrer Rahmenbedingungen deutlich zu stärken. Niedersachsen hat seit Jahren einen angespannten Ausbildungsmarkt, so dass es einerseits dringend geboten ist, eine Ausbildungsplatzgarantie einzuführen. Andererseits müssen Betriebe, die ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden und ausbilden, deutlich entlastet werden. Das Baugewerbe zeigt bereits seit Jahren, dass ein Umlagesystem dazu führt, dass Betriebe nicht weniger, sondern mehr ausbilden, so dass ein Umlagesystem nun auch auf alle Branchen ausgedehnt werden muss. Das hebt die Zahl der Ausbildungsplätze und schafft Gerechtigkeit. Ebenfalls müssen die Jugendberufsagenturen in Niedersachsen weiter ausgebaut werden, um endlich flächendeckend alle Schulabgänger*innen erfassen zu können, so dass die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, Land und Kommune besser koordiniert und zielgerichtet angewandt werden können. Schließlich braucht es im Rahmen der Berufsorientierung einen verlässlichen Rahmen, in dem das Modell der dualen Ausbildung erläutert als auch ihre Möglichkeiten aufgezeigt werden. Außerdem können hier eine Vernetzung von Schule mit Unternehmen und Praxisphasen in der Schule mehr Anknüpfungspunkte bieten, eine Ausbildung zu beginnen.

LANDESWEITE WEITERBILDUNGS-STRATEGIE UMSETZEN!

Lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifizierung bilden die Basis für ein erfülltes und wertschätzendes Berufsleben der Beschäftigten. Gleichzeitig stärkt eine umfassende Weiterbildung auf allen Qualifikationsstufen die Innovationskraft des Betriebes und der Wirtschaft insgesamt. Das Land Niedersachsen muss mit einer Weiterbildungsstrategie deshalb allen Beschäftigten und Unternehmen möglichst gute Rahmenbedingungen bieten, um die Qualifizierungs- und Weiterbildungsanforderungen zu bewältigen. Hierzu zählen daher insbesondere eine bessere Beratung und Förderung der bisher gering qualifizierten Beschäftigten sowie der kleinen und mittelständischen Betriebe. Die Erwachsenenbildung in Niedersachsen ist als fester Bestandteil einer zielgerichteten Bildungsstrategie einzubeziehen und zu stärken. Zentral ist dabei, die Digitalisierung mit den Veränderungs- und Anpassungserfordernissen mitzudenken. Das Fundament für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist zudem eine solide Grundbildung der Beschäftigten. Das Land muss sein Engagement zur Grundbildung aller und besonders von Beschäftigten deshalb verstärken.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT DURCHSETZEN!

Dies fängt zwingend bei der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern an. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist das Ziel. Der Gender Pay Gap – die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern – muss vollständig geschlossen werden. Gleichzeitig muss durch eine Aufwertung von frauendominierten Berufen, mehr Frauen in Führungspositionen sowie ein modernes Gleichstellungsgesetz die Arbeitswelt endlich geschlechtergerecht werden. Zu einer gleichberechtigten Arbeitswelt gehört auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Beschäftigten etwa durch neue Arbeitszeitmodelle, die den Ansprüchen der Arbeitnehmer*innen gerecht werden, und der Förderung einer gleichberechtigten Aufteilung unbezahlter Fürsorgearbeit. Geschlechtergerechtigkeit kann zudem nur durch ein konsequentes Vorgehen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie gegen sexualisierte Gewalt und Unterstützung der Betroffenen erreicht werden. Dafür muss Niedersachsen in den

Fonds sexueller Missbrauch einzahlen und Fachberatungsstellen grundständig fördern. Nach wie vor sind Frauen in betrieblichen und politischen Strukturen unterpräsentiert und ihre Interessen finden dementsprechend in den Gremien und Beschlüssen nur unzureichend Berücksichtigung. Eine paritätische Besetzung betrieblicher Entscheidungsgremien und politischer Parlamente muss daher durch entsprechende Richtlinien und Gesetzesinitiativen vorangetrieben werden.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG ZURÜCKDRÄNGEN!

Atypisch Beschäftigte sind stärker von Arbeitslosigkeit bedroht und kommen insgesamt weniger häufig in den Genuss tariflicher Schutzrechte. Deshalb müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um prekäre Beschäftigungsformen wie etwa den Missbrauch von Leih- und Werkverträgen effektiv einzuschränken. Dazu gehören auch eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, ein Mindestlohn dauerhaft oberhalb der Niedriglohnschwelle ohne Ausnahmen sowie der Abbau von Minijobs zugunsten von mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

ARBEITSLOSIGKEIT EFFEKTIV BEKÄMPFEN!

Die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen ist in Folge der Corona-Krise deutlich angestiegen. Insbesondere für Langzeitarbeitslose müssen dringend Perspektiven geschaffen werden. Niedersachsen braucht deshalb eine aktivere Arbeitsmarktpolitik, ein Recht auf Weiterbildung, den Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit fairen Bedingungen für Langzeitarbeitslose sowie die Einführung eines landesweiten Förderprogramms zur Ergänzung des Teilhabechancengesetzes für gemeinnützige Träger und Kommunen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gerichtet sein.

STANDARDS BESSER KONTROLLIEREN!

Nur die Überprüfung der Einhaltung von Regelungen zum Schutz von Mensch und Umwelt kann ihre lückenlose Umsetzung gewährleisten. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Subunternehmen, bei dem die Generalunternehmerhaftung zur Anwendung kommen muss. Die Verbesserung der oft mangelhaften und unzureichenden Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Schutzvorschriften durch Aufsichts- und Kontrollbehörden ist deshalb überfällig. Niedersachsen muss dazu die Personalausstattung der Gewerbeaufsichtsämter deutlich verbessern sowie eine bessere Kontrolle der Standards der öffentlichen Auftragsvergabe durch die Gründung einer Landeskontrollbehörde gewährleisten. Im Bund ist auf eine bessere Ausstattung des Zolls als Kontrollbehörde hinzuwirken. Auch muss das Land sein Engagement zum Schutz mobiler Beschäftigter vor Ausbeutung weiter verstetigen.

NIEDERSACHSEN NACHHALTIG – DURCH KLIMASCHUTZ, JUST TRANSITION UND EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT!



Die niedersächsische Wirtschaft ist durch den Strukturwandel stark gefordert. Technologischer Wandel, Digitalisierung und Globalisierungsprozesse bedeuten für viele Unternehmen und ihre Beschäftigten besondere Herausforderungen. Die Corona-Krise hat zudem noch einmal unterstrichen, dass wir unsere Wirtschaft krisenfester, nachhaltiger und zukunftsfähiger aufstellen müssen. Gleichzeitig wird die Bekämpfung der Klimakrise immer wichtiger und macht den Weg in eine treibhausgasneutrale Zukunft alternativlos. Klimaschutz ist deshalb die herausragende Aufgabe unserer Zeit. Gemeinsam unterstützen wir die Klimaziele, bekennen uns zu einem aktiven Klimaschutz und arbeiten mit vollem Einsatz daran, dass Niedersachsen klimaneutral wird. Unser zentrales Ziel ist ein gerechter, sozialverträglicher Wandel (Just Transition) hin zu einem nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Eine ambitionierte Klimapolitik ist mit dem Erhalt von Wohlstand, Wertschöpfung

und Arbeitsplätzen vereinbar. Aber der sozial-ökologische Wandel hin zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft muss jetzt gelingen!

MIT LANGFRISTSTRATEGIE DIE CORONA-KRISE ÜBERWINDEN!

Die Pandemie hat viele Missstände wie unter einem Brennglas gezeigt. Wir müssen jetzt die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen und neben dem kurzfristigen Krisenmodus zu einer strategischen Konjunktur- und Investitionspolitik kommen, die auf Krisenprävention, Nachfragesicherung und Zukunftsinvestitionen setzt. Dabei braucht es absehbar auch weitere, zielgerichtete und transparente Hilfen, denn die Krise ist noch nicht überwunden. Weitere Hilfsprogramme im Rahmen der Corona-Pandemie müssen insbesondere auch dort wirken, wo Menschen durch das Raster gefallen sind. Das betrifft unter anderem Soloselbstständige, Kleinstunternehmen, aber auch kleine und mittelständische Betriebe.

TRANSFORMATIONSTRATEGIE FÜR NIEDERSACHSEN UMSETZEN!

Im Austausch mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen muss Niedersachsen eine Strategie entwickeln und umsetzen, die den Strukturwandel insbesondere für die Schlüsselbranchen in den Blick nimmt, Chancen und Potentiale für den Wirtschaftsstandort realisiert, Zukunfts- und Innovationsbranchen identifiziert und Klimaneutralität effektiv vorantreibt.

ZUKUNFTSBRANCHEN STÄRKEN!

Um Wertschöpfung und Beschäftigung in der Transformation zu sichern, müssen der Wirtschaftsstandort zukunftsfähig aufgestellt werden und langfristige Perspektiven für Betriebe und Branchen geschaffen werden. Die Industrie- und Dienstleistungspolitik muss dabei auf ökologische Modernisierung, beschäftigtenorientierte Teilhabe, Innovation und nachhaltige Investitionen ausgerichtet sein. Dabei muss insbesondere die Wirtschaftsförderung die Zukunftsbranchen in den Blick nehmen und etwa Ansiedlungen nach sozialen und ökologischen Kriterien fördern. Die niedersächsische Wirtschaft muss dazu angehalten und angereizt werden, in nachhaltige Produktionsanlagen und Geschäftsmodelle zu investieren und auch in Zukunftsbranchen auszubilden. Um diese Investitionen anzureizen und vorzunehmen, muss das Land Niedersachsen seine Förderkulisse entsprechend aufstellen.

delle zu investieren und auch in Zukunftsbranchen auszubilden. Um diese Investitionen anzureizen und vorzunehmen, muss das Land Niedersachsen seine Förderkulisse entsprechend aufstellen.

ENERGIEWENDE ZUM NIEDERSÄCHSISCHEN ERFOLG MACHEN!

Für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts ist eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung die Grundvoraussetzung. Gleichzeitig hängt die vollständige Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft von einem Gelingen der Energiewende ab. Niedersachsen muss durch einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien durch eine vitale Windkraftbranche und den verstärkten Einsatz von Photovoltaik sowie den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft zum Land der Energiewende werden. Hierbei sind bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Bürger*innen an der Energiewende, etwa über Genossenschaften, oder auch für zusätzliche Wertschöpfung durch Energiegewinnung im eigenen Ort erforderlich. Wichtig ist dabei, dass das energiepolitische Dreieck einer zuverlässigen, bezahlbaren sowie umweltschonenden Energieversorgung um den Faktor „Gute Arbeit und Ausbildung“ und beschäftigungspolitische Aspekte zu einem Viereck erweitert wird.



DEN LAUFENDEN STRUKTURWANDEL GESTALTEN!

Der Wandel hat in Niedersachsen längst begonnen und muss aktiv begleitet werden. Ein Ziel muss die Stärkung vollständiger Wertschöpfungsketten in Niedersachsen sein. In den niedersächsischen Schlüsselbranchen können dabei Instrumente wie Zukunftsvereinbarungen über künftige Produkte, Investitionen und Beschäftigungsbrücken zum Einsatz kommen. Zudem ist eine Stärkung von Qualifizierung, Forschung, Entwicklung und Innovationen notwendig, beispielsweise in Bereichen wie der Batteriezellforschung und -fertigung sowie deren Recycling ebenso wie die weitere Forschung im Bereich der Brennstoffzellentechnologie. Wichtig wäre zudem, den Fokus auf den gesamten CO²-Fußabdruck eines Produktes (inklusive aller Vorprodukte und Materialien) bei der Produktion zu richten und diesen etwa in Bezug auf die Automobilindustrie in die zugelassenen CO²-Grenzwerte für PKW und LKW einzubeziehen.

DIE WIRTSCHAFT MIT TRANSFORMATIONSFONDS FLANKIEREN!

Insbesondere in den Branchen, die einem besonderen Transformationsdruck ausgesetzt sind, braucht es eine Unterstützung. Dazu sollte ein Transformationsfonds aufgelegt werden, mit dem sich das Land Niedersachsen an den Unternehmen beteiligt, die zusätzliches Kapital für den Wandel brauchen. Dies lohnt sich dreifach: Die Dekarbonisierung wird vorangetrieben, es werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze gehalten und darüber hinaus erhält das Land werthaltige Beteiligungen. Ein weiteres Instrument, das noch gezielter eingesetzt werden muss, sind Landesbürgschaften.

GUTE ARBEIT IM WANDEL ABSICHERN!

Um die Chancen für neue Arbeitsplätze in der Transformation zu ergreifen, braucht es eine strukturierte Folgenabschätzung und ein kontinuierliches Monitoring, das den Transformationsprozess insbesondere auf Aspekte wie Beschäftigungswirkung, Kriterien Guter Arbeit, Sozialverträglichkeit und strukturpolitische Folgen überprüft. Daraus sind entsprechende Maßnahmen abzuleiten, wie etwa eine ambitionierte strukturpolitische Flankierung. Zudem müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit Gute

Arbeit und Ausbildung, Tarifbindung und Mitbestimmung auch in den Unternehmen der Zukunftsbranchen zur Selbstverständlichkeit werden.

AUSBILDUNG UND QUALIFIZIERUNG ZUKUNFTSFÄHIG AUFSTELLEN!

Die Transformation wird nur gelingen, wenn sie von qualifizierten und engagierten Beschäftigten getragen wird. Deshalb braucht es sowohl eine Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung als auch eine deutliche Ausweitung von Bildungsinvestitionen. Die Unternehmen und ihre Beschäftigten müssen beim Umbau der technologischen Basis und der ggf. notwendigen Qualifizierungsprozesse unterstützt werden, sodass neben der benötigten Hardware und Anlagen auch das entsprechende Knowhow an die Beschäftigten vermittelt wird. Die Erwachsenenbildung in Niedersachsen bildet hierbei eine zentrale Säule, die dringend gestärkt und weiterentwickelt werden muss. Zudem müssen Klimagerechtigkeit für die Ökologie, die Ökonomie, die Menschen und Transformation in allen Schulformen und in allen Studienbereichen thematisiert werden. Die Menschen müssen dabei unterstützt werden, den Wandel, die Gründe dafür und eine Perspektive der Nachhaltigkeit zu verstehen und sich damit auseinanderzusetzen.

BERATUNGS- UND UNTERSTÜTZUNGSSTRUKTUREN AUFBAUEN!

Für einen betrieblichen Innovations- und Transferprozess müssen Beratungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen in der Ausgestaltung von Arbeit, der Arbeitsbeziehungen und Qualifizierung nachhaltig unterstützen. Niedersachsen muss in diesem Zuge auch tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation unterstützen.

MIT NFONDS IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN!

Der Staat muss mit Zukunftsinvestitionen die notwendigen Rahmenbedingungen für die sozial-ökologische Transformation schaffen. Dafür braucht es eine niedersächsische Investitionsoffensive, die den öffentlichen Kapitalstock grundlegend modernisiert und eine leistungsfähige und ökologische Infrastruktur für unseren starken Industrie- und Dienstleistungsstandort garantiert. Um die

öffentlichen Investitionen entsprechend auszuweiten, muss Niedersachsen einen landeseigenen Investitionsfonds auflegen: Den NFonds. Durch den NFonds kann Kapital zu historisch niedrigen Zinsen für Investitionen mobilisiert werden. Er hilft nicht nur dem Land, die eigene Investitionsstätigkeit auszuweiten, sondern kann mittels Öffentlich-Öffentlicher Partnerschaften auch den Kommunen und öffentlichen Unternehmungen Unterstützung anbieten. Den Investitionen stehen dabei reale Vermögenswerte sowie transparente und verlässliche Tilgungspläne gegenüber. Die demokratische und parlamentarische Kontrolle wird auch unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft transparent gewährleistet.

NIEDERSACHSEN ZUM KLIMASCHUTZ-VORREITER MACHEN!

Das Land Niedersachsen muss den sozial-ökologischen Wandel nicht nur fördern, sondern ihn in seinem Wirkungsbereich selbst aktiv gestalten. Jede Maßnahme des Landes ist auf ihre Klimawirksamkeit und die sozialen Auswirkungen zu prüfen. Dies gilt unmittelbar für alle öffentlichen Unternehmungen, die sich ebenfalls zukunftsfähig und klimaneutral aufstellen müssen. Auch das Land selbst, die Verwaltungen und Kommunen sowie die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge müssen innovativ und klimaneutral modernisiert werden. Dies fängt bei der vollständigen energetischen Sanierung aller öffentlichen Gebäude an, geht über die Umrüstung aller öffentlichen Fuhrparks auf emissionsfreie Fahrzeuge weiter und hört bei der Nutzung der Digitalisierungspotentiale noch lange nicht auf. Darüber hinaus muss die öffentliche Hand die enorme Impulswirkung der öffentlichen Beschaffung und Auftragsvergabe durch verbindliche ökologische und soziale Kriterien einsetzen. So können etwa öffentliche Beschaffungsquoten für grüne (Vor-)Produkte sichere Absatzmärkte schaffen und dadurch private Investitionen in klimafreundliche und nachhaltige Geschäftsmodelle befördern.

NIEDERSACHSEN NACHHALTIG – DURCH EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT, UMFASSENDE TEILHABE UND SOZIALE GERECHTIGKEIT!



Vom Kleinkind bis ins hohe Alter, von der Kita übers Berufsleben bis in den Ruhestand – jeder Mensch hat ein elementares Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Entfaltung seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse. Niedersachsens Gesellschaft muss deshalb vom solidarischen Zusammenleben geprägt sein. Wir dürfen niemanden zurücklassen. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird unsere Gesellschaft lebenswert und zukunftsfähig sein. Dafür müssen wir der immer stärkeren Spaltung unserer Gesellschaft entgegenreten. Grundbedingung dafür ist ein starkes Sozialwesen, ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst und ein handlungsfähiger Staat.

SOZIALE GERECHTIGKEIT SICHERSTELLEN!

Niedersachsen muss sich für einen starken und solidarischen Sozialstaat einsetzen. Der Armutsbekämpfung und dem Ausbau der sozialen Sicherung muss dabei eine wesentliche Bedeutung beigemessen werden. Insbesondere die Kinderarmut muss durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und die Verbesserung von Erwerbs- und Teilhabechancen von Alleinerziehenden überwunden werden. Die Inklusion darf nicht am Ende der Schulzeit halt machen; es gilt Perspektiven für die Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt sowie für eine auskömmliche Beschäftigung zu entwickeln. Durch eine gerechte Umverteilung des Wohlstands in unserem Land ist mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Dabei müssen die höchsten Einkommen und größten Vermögen wieder stärker in die

Pflicht genommen werden. Um die Einnahmehasis der niedersächsischen Kommunen zu stärken, muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer durch die Einbeziehung der gesamten Einkünfte aus selbstständigen Tätigkeiten ausgebaut werden. Damit Steuergerechtigkeit auch durchgesetzt wird, müssen eine bessere Personalausstattung der Finanzbehörden und eine größere Kontrollichte gewährleistet sein.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT DES STAATES HERSTELLEN!

Wir brauchen einen aktiven Staat, der gestaltet, reguliert, durch Beteiligung und Umverteilung für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt und handlungsfähig ist. Ein finanziell gut aufgestellter und produktiver Staat zieht positive wirtschaftliche Effekte nach sich. Einschnitte ins soziale Netz und zurückgehende öffentliche Investitionen müssen ein Ende haben. Die Zeit ist reif für einen Politikwechsel zugunsten robuster sozialer Sicherungssysteme und einer funktionierenden Daseinsvorsorge. Dazu muss die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte endlich beendet werden. Grundsätzlich müssen deshalb stabile Einnahmen im entsprechenden Umfang die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte sicherstellen. Hierbei müssen starke Schultern stärker belastet werden als schwache, Steuergerechtigkeit und -vollzug garantiert werden. Der Staat muss aber auch die Möglichkeit haben, zusätzliches Kapital zu mobilisieren. Die Schuldenbremse ist daher eine politische Absage an die eigene Gestaltungsfähigkeit: Mangelnde Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Bildung oder Klimaschutz belasten nachfolgende Generationen und sind schwere Hypotheken auf die Zukunft. So lange die ökonomisch unsinnige und sozial verheerende Zukunfts- und Investitionsbremse in Kraft ist, müssen andere Spielräume genutzt werden, Mittel für Investitionen und den sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft zu generieren.

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE GARANTIEREN!

Öffentlich bereitgestellte Leistungen auf höchstem Niveau und eine leistungsstarke öffentliche Infrastruktur garantieren eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger*innen. Die öffentliche Daseinsvorsorge in Niedersachsen

muss deshalb flächendeckend gestärkt werden. Dazu muss der Investitionsstau endlich aufgelöst werden. Das Land muss deutlich mehr Geld etwa in Bildung, öffentliche Infrastruktur, die Mobilitätswende, die Energiewende, den Wohnungsbau und den öffentlichen Dienst investieren.

MOBILITÄT DER ZUKUNFT ETABLIEREN!

Das Land Niedersachsen muss zusammen mit den Kommunen für die Bürger*innen attraktive und klimafreundliche Mobilitätskonzepte entwickeln, die auf eine deutliche Vermeidung des Individualverkehrs, eine Verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsträger, eine Stärkung des ÖPNV, einen Ausbau der Schiene, ein Zusammenspiel der Verkehrsträger sowie eine intelligente Verkehrsvernetzung setzen. Die öffentlichen Investitionen in die klimaneutrale Mobilität der Zukunft und ein massiv ausgebautes Fahrradwegenetz müssen deutlich gesteigert werden. Gleichzeitig darf Mobilität kein Privileg für wenige gut Verdienende und Reiche werden. Sie ist ein Grundbedürfnis aller Menschen und muss für alle gewährleistet werden und für alle erschwinglich bleiben – wir brauchen eine Mobilitätsgarantie als Ziel. Das Land Niedersachsen kann hier etwa durch die Einführung von Umwelttickets einen Beitrag leisten. Mit einem solchen Ticket sollten niedersachsenweit Bus und Bahn (bis auf Fernzüge) genutzt werden können. Das Ticket sollte als Jahresticket ausgegeben und 2 Euro am Tag (ermäßigt 1 Euro am Tag) kosten.

ÖFFENTLICHEN DIENST STÄRKEN!

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig gut ausgestattete Behörden und öffentliche Einrichtungen mit motiviertem und engagiertem Personal sind. Die Basis dafür legen gute Arbeitsbedingungen, attraktive Weiterbildungsangebote, eine bessere Ausstattung mit Personal und Sachgütern sowie eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung. Dazu gehört eine zukunftsgerechte und wettbewerbsfähige Gestaltung von Tarif- und Besoldungsstrukturen. Die Personalpolitik des Landes darf nicht von Haushaltsengpässen oder einer unzureichenden Einnahmesituation bestimmt werden. Die Personalausstattung muss den Anforderungen an die öffentlichen Dienstleistungen folgen. Schlecht

bezahlte, aber systemrelevante Berufe brauchen auch im öffentlichen Dienst eine bessere Bezahlung (z.B. in Pflege, Bildung und Sicherheit). Zudem sollte das Land die eigene Ausbildung für den Landesdienst weiter ausbauen. Mit Blick auf den digitalen Wandel sollten Rahmenvereinbarungen zur qualitativen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes getroffen werden. Um den Wandel aktiv zu gestalten, bedarf es umfassender Investitionen in die Ausstattung etwa mit mobilen Endgeräten und Konferenzsoftware sowie in die Aus- und stetige Weiterbildung. Digitale Möglichkeiten – insbesondere Homeoffice/mobiles Arbeiten – müssen sinnvoll und unter Einhaltung des Arbeitsschutzes eingesetzt werden.

GESUNDHEITSEKTOR NEU ORDNEN!

Die Corona-Pandemie hat nochmals verdeutlicht, dass Gesundheit keine Ware sein darf. Die Privatisierung im Gesundheitswesen war ein falscher, neoliberaler Weg, der zu einem Verlust der flächendeckenden medizinischen Versorgung führen kann und teilweise schon geführt hat. Diesen Prozess gilt es zu stoppen. Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Kernelement staatlicher Daseinsvorsorge. Deshalb muss das ausufernde Renditebestreben im Gesundheitssektor eng begrenzt werden und so weit wie möglich eine Rekommunalisierung mit Unterstützung von Land und Bund eingeleitet werden. Eine gute Versorgung muss dabei mit guten Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in Einklang gebracht werden. Niedersachsen braucht eine optimale medizinische Versorgung in der Fläche durch eine Krankenhausplanung, die die Qualität in den Vordergrund stellt, ein wohnortnahes Angebot mit klaren Mindeststandards und beispielsweise durch regionale Gesundheitszentren und andere sektorübergreifende Versorgungsformen. Die Digitalisierung muss in Abstimmung mit den Beschäftigten zur Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung genutzt werden. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem setzt eine ausreichende Personalbemessung, insbesondere für die Pflege, sowie die Herstellung von Tarifbindung für die Bezahlung wie auch der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten voraus. Die Investitionsmittel des Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden. Bei der Ausbildung von

Ärzt*innen fordern wir ebenso eine Ausbildungsumlage, wie wir sie in anderen Bereichen fordern. Dem Pflege- und Ärzt*innenmangel kann darüber hinaus auch mit einer Zulassung von Personal begegnet werden, das sämtliche fachliche Qualifikationen erfüllt, aber noch wenig deutsch spricht. Ebenso sollte ein Spurwechsel für abgelehnte Asylbewerber*innen ermöglicht und vorangetrieben werden. Die Leiharbeit im Gesundheitswesen muss begrenzt werden.

BILDUNG VERBESSERN!

Niedersachsen braucht ein qualitativ hochwertiges, inklusives, geschlechtergerechtes, solide ausgestattetes und kostenfreies öffentliches Bildungswesen. Gute Bildung bedeutet auch eine Stärkung der Schulen und Hochschulen durch eine höhere Zuweisung von Ressourcen. Soziale Benachteiligungen müssen aktiv ausgeglichen werden, indem etwa mehr Stellen für die Schulsozialarbeit geschaffen werden. Das Schulgeld in den sozialen Berufen muss abgeschafft werden. Damit das gelingt und nachfolgende Qualitätskriterien auch umgesetzt werden können, brauchen wir eine bessere staatliche Einnahmesituation und eine Umverteilung der Einnahmen zugunsten der Bundesländer und Kommunen, die aufgrund erheblicher Finanzierungsbedarfe im Bildungsbereich dringend mehr finanzielle Handlungsmöglichkeiten brauchen. Auch sollte es statt eines Kooperationsverbotes endlich ein Kooperationsgebot geben.

KRIPPEN UND KITAS AUSBAUEN!

Krippen und Kitas eröffnen vielen Kindern die Chance auf Förderung und Teilhabe, sie sind der erste Zugang zur Bildung. Wir brauchen bundesweit, aber auch hier in Niedersachsen ein massives Programm zum Ausbau der Plätze in Krippen, Kitas, Horten und Familienzentren. Dies geht damit einher, dass mehr Personal ausgebildet und eingestellt werden muss. Die Ausbildung muss zur Deckung der Bedarfe ausgeweitet und bezahlt werden.

Damit nicht ein Viertel der Erzieher*innen nach wenigen Jahren den Beruf wieder verlässt und wir Fachkräfte binden, müssen sich die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen und die Rahmenbedingungen insgesamt deutlich verbessern. Um die Beschäftigten zu entlasten, ist insbesondere die Einführung der

dritten Kraft in Kindergärten zwingend notwendig. Eine ausreichende, den Aufgaben angemessene Verfügungszeit ist ebenso sicherzustellen, wie ausreichend Zeit für Leitungsaufgaben und Weiterbildungen.

ATTRAKTIVITÄT VON BILDUNGSBERUFEN UND BILDUNGSQUALITÄT STEIGERN!

Die Qualität der Bildung hängt von den Menschen ab, die für die Bildung arbeiten. Bildungsberufe müssen deshalb auf allen Ebenen gestärkt werden. Niedersachsen braucht eine gezielte Ausweitung der Lehramtsstudiengänge und einen garantierten Einstellungskorridor entsprechend den Bedarfen pro Jahr anhand realistischer Bedarfsprognosen. Die Bezahlung nach A 13/E 13 für alle ausgebildeten Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte muss sichergestellt werden. Zudem braucht es eine Erhöhung der Entlastungstunden, eine Altersermäßigung und einen Anspruch auf Vollzeit für alle Landesbeschäftigten in der Schule. Gleichzeitig ist es entscheidend, die Lehramtsausbildung weiterzuentwickeln, Schulen Freiräume für pädagogische Konzepte zu bieten, die Multiprofessionalität voranzutreiben und Maßnahmen zur Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Dem Schulstress und Leistungsdruck gilt es durch Maßnahmen aktiv zu begegnen. Es gilt ferner, mit Kommunen über Perspektiven der Schulsanierung zu sprechen, damit die Schulen auf dem neuesten Standard zu den schönsten Orten der Städte und Dörfer werden.

BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN!

Unter Einbeziehung der Sozialpartner muss ein spezielles Landesprogramm für die Berufsbildenden Schulen mit dem Ziel aufgelegt werden, Berufsbildende Schulen zu Kompetenzzentren der Beruflichen Bildung und Weiterbildung zu machen. Damit die zwei Lernorte der dualen Ausbildung gleichwertig sind, braucht es mehr Investitionen in die Ausstattung von Berufsbildenden Schulen und mehr Personal. Zudem braucht es bezahlbare Azubi-Appartements in Wohnheimen. Für die Auszubildenden muss in Niedersachsen ein kostengünstiges, landesweites und flexibles Azubi-Ticket geschaffen werden, damit diese besser zu ihren Ausbildungsorten gelangen können. Um die Berufliche Bildung zu stärken braucht es eine Ausbildung 4.0, die neben der Bereitstellung von mobilen Endgeräten, der Entwicklung von neuen Berufsbil-

dern bzw. Neuordnung von bestehenden Berufen, bedürfnisgerechter Ausbildung auch die Internationalisierung der Ausbildung und das Überführen der praktischen Anteile eines dualen Studiums ins Berufsbildungsgesetz (BBiG) beinhaltet.

HOCHSCHULEN MODERNISIEREN!

Die niedersächsischen Hochschulen sind als Stätten hochwertiger Bildung und Wissenschaft ein wichtiger Motor gesellschaftlicher und ökonomischer Innovationen und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Wohlstand in unserem Bundesland. Um die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft auf Basis von guter Arbeit zu gestalten, braucht unser Bundesland moderne und gut ausgestattete Hochschulen. Rund die Hälfte eines Jahrgangs studiert heute. Die niedersächsischen Hochschulen brauchen deshalb bessere Rahmenbedingungen und eine zukunftsfähige Finanzierung – ohne Globale Minderausgaben! Dazu gehören eine gute Personalausstattung mit guten Arbeitsbedingungen, die Abschaffung sachgrundloser Befristungen und die Begrenzung der Sachgrundbefristungen auf ein stark begrenztes Maß (auch in der Wissenschaft). Ebenso braucht es ein ausgewogenes Studienangebot und eine moderne Infrastruktur. Für die Investition des Hochschulbaus muss im Rahmen des NFFonds eine landeseigene Hochschulentwicklungsgesellschaft gegründet werden.

SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN!

Sicherheit hat für die Menschen in unserem Bundesland einen hohen Stellenwert. Allen Bürger*innen Sicherheit zu garantieren, ist wichtig, aber weder alleinige Aufgabe der Landes- und Bundesebene noch der Polizei. Vielmehr müssen die zahlreichen Konzepte der kommunalen Präventions- und Schutzkonzepte, die gemeinsam von Vertreter*innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt wurden, mehr Beachtung finden und in allen niedersächsischen Gemeinden umgesetzt werden. Dafür braucht es auch ausreichende Investitionen. Vereine und Menschen vor Ort müssen stärker in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbezogen werden. Dort, wo es lebenswerte Rahmenbedingungen und ein funktionierendes Gemeinwesen gibt, achten die Menschen aufeinander, fühlen sich sicher und leben gemeinsam Integration.

WOHNUNGSPOLITISCHE WENDE EINLEITEN!

Wohnen ist ein Grundrecht. In Niedersachsen befindet sich der Wohnungsmarkt vielerorts in einer tiefen Krise, da Miet- und Immobilienpreise rasant gestiegen sind. Viele Menschen finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr und werden verdrängt. Gleichzeitig wird nur unter ein Prozent der Gebäude im Jahr energetisch saniert, obwohl wir Klimaneutralität erreichen müssen. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen wohnen in Gebäuden mit hohen Energiekosten. Förderprogramme müssen daher gezielt sozial und ökologisch ausgestaltet sein, damit die Warmmieten sinken und nicht steigen. Für die Mieterschaft gilt, dass eine faire Kostenverteilung bei hinreichender Entlastung durch einen sozialen Ausgleich im Blick behalten werden muss.

In Niedersachsen müssen deshalb die Bau- und Sanierungsinvestitionen kräftig ausgeweitet werden. Hierzu ist auch eine Personalaufstockung in den Bau- und Planungsbehörden der niedersächsischen Kommunen notwendig. Der Bestand an Sozialwohnungen muss dauerhaft um 100.000 Wohneinheiten angehoben werden. Das Land muss eine unveräußerliche Landeswohnungsgesellschaft gründen und schnellstmöglich eine große Anzahl Wohnungen insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten anbieten. Städte mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften zeigen, dass hierdurch ausgesprochen positive Effekte erzielt werden können. Neben dem Neubau sollte der Fokus auch auf dem Ankauf und der Sanierung von bestehendem Wohnraum liegen. Durch die Stärkung von gemeinwohlorientierten Gesellschaften und Genossenschaften sowie kommunalen Wohnungsbauunternehmen muss das Angebot an bezahlbarem Wohnraum weiter ausgeweitet werden. Dazu sollte das Land auch einen eigenen Bodenfonds gründen, um Kommunen bei der Mobilisierung von Liegenschaften und bei der Rekommunalisierung von Bauland zu unterstützen. Bei der Nutzung öffentlicher Liegenschaften müssen verstärkt das Erbbaurecht sowie soziale und nachhaltige Grundstücksvergaben zum Einsatz kommen. Insgesamt muss Niedersachsen für eine preisdämpfende Mietenpolitik stehen durch u. a. eine Kappung der Mieterhöhungen im Bestand, den Ausbau und einer Schärfung der Mietpreis-

bremse, rechtsichere Mietspiegel mit ausgeweitetem Betrachtungszeitraum auf zehn Jahre und die Anwendung von städtebaulichen Verträgen zur Schaffung von Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum.

JUGENDARBEIT DER ARBEITENDEN JUGEND STÄRKEN!

Laut Shell-Jugendstudie 2019 engagieren sich konstant 33 bis 40 Prozent der jungen Menschen ehrenamtlich, allein das Engagement von jungen Menschen in Ausbildung und aus Arbeiter*innenfamilien ist stark zurückgegangen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es einerseits mehr und bessere Freistellungsmöglichkeiten für das Leiten und für die Teilnahme an Maßnahmen der Jugendarbeit. Daneben braucht es mehr finanzielle Förderung von Jugendbildungsreferent*innen-Stellen der arbeitenden Jugend. Ebenso braucht es einen interkulturellen und diversen Ansatz und aufsuchende Arbeit, um bestimmte Zielgruppen zu erreichen.

IMPRESSUM

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 1
30159 Hannover
www.niedersachsen.dgb.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
www.gruene-niedersachsen.de

Bildnachweis: Werner Musterer, Simona Bednarek, Angela von Brill
(S.3 oben links, Mitte, oben rechts), Gettyimages: Alvarez (s. 4 oben),
Simon Skafar (S.8 unten), Jeffbergen, Pixabay: torstensimon (S.7)

Grafik & Layout: Jennifer Krupke

V.i.S.d.P.: Sören Creutzig